

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 6

Artikel: Städtebau, eine menschliche Aufgabe
Autor: Marti, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338385>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Städtebau, eine menschliche Aufgabe

Der nachfolgende Beitrag stammt aus der Feder eines Architekten, der insbesondere auf dem Gebiete der Stadtplanung unseres Landes als hervorragende Autorität bezeichnet werden darf. Immer wieder stellt er seine wertvollen Erfahrungen in den Dienst von Gemeinden, deren Behörden erkannt haben, dass das Fundament für die Stadt von morgen nicht früh genug gelegt werden kann.

Dass die Bewohner unserer Städte in menschenwürdiger Umwelt leben sollen, gehört im Katalog der innenpolitischen Prioritäten an die erste Stelle. Der politische Charakter dieser vordringlichen Aufgabe ist evident. Der kürzlich von der SPS organisierte Städtetag hat dies besonders eindrücklich aufgezeigt.

So ist die Abhandlung von Hans Marti nicht nur der Ausdruck zukunftsorientierten städtebaulichen Denkens, sondern wertvollste Anregung zu einer Diskussion, wie sie anlässlich der genannten SP-Städtetagung geführt wurde.

Darum möchten wir auch an dieser Stelle dem Verfasser für seinen profilierten Beitrag herzlich danken.

R. L.

In der Schule mussten wir einmal einen Aufsatz schreiben mit dem Titel «Wilhelm Tell, ein Meuchelmörder?» Einer meiner Mitschüler schrieb den Aufsatz unter dem Titel «Wilhelm Tell, ein Meuchelmörder!» Die ganze Argumentation gelang ihm eigenartigerweise sehr viel leichter als uns andern, die wir uns brav an die Frageform des Titels hielten. Wie ihm ginge es mir, hätte ich jetzt den Mut, hinter den gewählten Titel «Städtebau, eine menschliche Aufgabe» ein grosses Fragezeichen zu setzen. Wie viel bequemer wäre es, zu beweisen, dass unser städtebauliches Bemühen und das Bestreben, die Städte und Dörfer zu gestalten, von andern Faktoren bestimmt werden als vom Menschen, nämlich: vom Verkehr, von der Rendite und von den Vorschriften der Gesetze und Verordnungen. Mit Leichtigkeit könnte man von den Autobahnen, Expressstrassen, Anlagekosten mit Verzinsung und Amortisation, von Ausnützungszahlen, Grenz- und Gebäudeabständen, von Zonen- und Orts- sowie Regionalplänen reden und den Nachweis dafür liefern, dass all diese technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Faktoren das Bild unserer Siedlungen heute stärker beeinflussen, als die Wissenschaft über die Lehre der menschlichen Gesellschaft es tut, tun kann, darf – ja will! Wir sind Skla-

ven unserer eigenen Handlungen, des Verdienens, der Gesetze und Verordnungen geworden, wir sind auch Untergebene von Behörden, die die Paragraphen in unserm Auftrag handhaben. Wir wissen kaum noch, dass alles, was ich soeben aufgezählt habe, uns dienstbar gemacht werden müsste!

Ich will hier versuchen, den Spiess einmal umzukehren, und das Experiment wagen, den Städtebau trotz allen genannten Belastungen als menschliche, gesellschaftliche oder gar kulturelle Aufgabe zu schildern. Dieses zu können, muss ich eine kurze Analyse der Lage vorausschicken.

Heute kennen wir vor allem den *festgefügt*, durch Verfassungen und Gesetze – eidgenössische und kantonale – geschützten *Begriff des Eigentums*, des Eigentums an Sachen, zu denen der Boden, worauf wir bauen, ebenfalls zählt. Wir kennen die Rechtsinstrumente, womit die schöne und so beliebte Verfügungsfreiheit etwas eingeschränkt werden darf – (so lange nämlich, als es die Gesetze zulassen). Wir kennen aber auch die *finanziellen Folgen*, die unser warten, wenn wir die Verfügungsfreiheit aus irgendwelchen Gründen – sagen wir Natur- und Landschaftsschutz, Heimatschutz – übermässig beschneiden wollen, dann wird die Entschädigungsfrage aufgerollt – und die Entschädigung, die dem betroffenen Eigentümer geleistet werden muss, trifft uns alle am empfindlichsten Teil, am Portemonnaie, in oft unvorstellbarem Masse. Wollen wir beispielsweise, auf planerischen Überlegungen aufbauend, einen Streifen von nur 100 m Breite und 300 m Länge – ein Schiessstand diene als Muster, der jedem Schweizer massstäblich geläufig sein sollte, oder fünf nebeneinander liegende Fussballplätze – im Bauland freihalten, so kostet das rund 900 000 Franken, wenn wir den Quadratmeter noch mit bescheidenen 30 Franken einsetzen dürfen. Wenn wir aber mit Preisen von 80 Franken zu rechnen haben, wie sie etwa in dörflichen oder kleinstädtischen Bauzonen leider schon gelten, so kostet die Freihaltung des gleichen Areals 2,5 Millionen Franken, die der sparsame Schweizer einfach nicht auszugeben bereit ist. (Wie es in Grossstädten heute ist, kann sich jeder ausrechnen; Baulandpreise für Mehrfamilienhäuser haben ihre unterste Grenze bei 200 Franken je Quadratmeter.) Dieses drastische Beispiel führt vor Augen, was für Summen im Spiele stehen, wenn von Grünflächen, Freihaltung, Erholungsanlagen die Rede ist in einem Lande, dessen Rechtsgrundlage den Begriff der Eigentumsgarantie kennt und ihn so stark ausgebaut hat wie wir. Immer wieder stolpern die Städteplaner über diesen einen Begriff und seine Folgen – er stutzt unsere Flügel, und es ist verständlich, dass unser grosser Lehrmeister, Prof. *H. Bernoulli*, die Theorie entwickelt hat, der Boden müsse als göttliche Gabe, die nicht vermehrt werden könne, ins Eigentum aller überführt werden, er sei wie Wasser, Luft, Licht ein Gut, das der ganzen Menschheit gehöre. Wir sind heute nicht seiner Meinung und halten den Begriff des Eigentums hoch, geraten gerade deshalb oft in eine zweifelhafte Lage. Ohne der Verstaatlichung des Bodens Vor-

schub leisten zu wollen, versuchen wir möglichst viel aus der geltenden Rechtslage für den Städtebau herauszuholen und erreichen nur wenig, jedenfalls solange, als die Planung nur Gesellschaftsspiel zwischen Architekten und Gemeinderäten bleibt, solange sie Lippenbekenntnis des Politikers ist.

Mit dieser Erklärung der Grundlage soll der Blickwinkel unserer Betrachtungen geöffnet werden. Wir haben ein Objekt vor Augen, das vielen einzelnen Menschen gehört und gehören darf, ein Objekt, womit die Eigentümer auch anfangen dürfen, was die Gesetze zulassen. Dieses Objekt genießt auch die Qualifikation der Ware, obwohl es nicht vermehrt, vernichtet, versandet oder gestapelt werden kann. Sein Wert ist aber von Angebot und Nachfrage und anderen wirtschaftlichen Gesetzen abhängig, und – hier wird es schwierig – bei der stets gleichbleibenden Grösse des Bodens und der sich ständig und rapid vermehrenden Bevölkerung wächst die Nachfrage. Gleichzeitig hebt sich unser Lebensstandard; jeder braucht mehr Platz, und auch durch die stets grösser werdende Beanspruchung des Bodens für öffentliche Zwecke verlagert sich das Gewicht hinüber zur Nachfrage mit der üblen Folge der Preissteigerung – je mehr Menschen auf unserm immer gleichgross bleibenden Grund und Boden untergebracht werden müssen, um so höher wird der Baulandpreis. Und die Folge: schwieriger wird es und komplizierter, Städtebau als menschliche Aufgabe zu betreiben. Städtebau – menschlich gesehen – braucht Raum, Raum für den Einzelnen, für die Familie, die Kinder und für die Gemeinschaft. Und je höher unser Standard steigt, um so mehr Platz fordern wir alle für unsere Werke. Um so rarer wird das kostbare Gut!

Wirtschaftliche und rechtliche Gegebenheiten und die menschlichen Forderungen stehen sich feindlich gegenüber. Wir als Planer – die keine Revolution anstreben wollen – suchen einen goldenen Mittelweg zu beschreiten – oder mit andern Worten, einen gangbaren Kompromiss zu finden – und man merkt, wieviel einfacher es wohl gewesen wäre, den Titel mit einem Fragezeichen zu versehen. *Gewinnstreben* oder, etwas vornehmer ausgedrückt, *wirtschaftliches Denken* gehört nun einmal zum menschlichen Sein, Gesetze ebenfalls. Wir dürfen also nicht dergleichen tun, als ob Spekulation, Rendite, Bodenrente, Mietzinse oder Baugesetze, Bauordnungen, Zonenpläne usf. nicht bestünden oder Nebensächlichkeiten wären. Aber eines müssen wir tun: wir müssen lernen, diesen Gegebenheiten den richtigen Platz in der Rangordnung der Dinge zuzuweisen. Heute stehen sie in den vordersten Rängen, was am simplen Beispiel des Wohnungsbaus darzulegen ist. Hier stehen Land, Erschliessung, Baukosten, Baukubatur, Mietzinse und Rendite einerseits und die Bauvorschriften andererseits in einer festen Relation: senkt man die Mietzinse, so sinkt die Rendite; erhöht man die Kubatur, so steigen die Baukosten; vergrössert man bei gleichbleibender Kubatur der Siedlung die einzelne Wohnung

und hält deren Miete fest, dann sinkt die Rendite; nimmt man pro Landeinheit weniger Wohnungen an, dann sinken die Mietzinseinnahmen und damit auch die Rendite. Muss man die Rendite festhalten – was aus wirtschaftlichen Gründen im normalen Wohnungsbau heute der Fall ist –, so ist der den Mietern anzubietende Komfort, der sich in der Grösse der Wohnungen, ihren Einrichtungen, dem Gartenanteil, der Aussicht und Ruhe äussert, in der gegenwärtigen Wirtschaftslage verhältnismässig bescheiden, solange bescheiden, als der Mietzins nicht erhöht werden darf, oder aber – weil das Problem unlösbar wird – man bittet den Staat, die nicht aufgehende Rechnung durch Zuschüsse verschiedener Art auszugleichen. Vergrössert man auf dem Wege der Baugesetzgebung die zulässige Kubatur oder die Ausnützbarkeit des Bodens, so steigt der Bodenpreis, wodurch alles beim gleichen bleibt. Hier soll nicht über Baufinanzierung, Subventionspolitik und Ausnützung geschrieben werden, meine Aufgabe ist nur, den Städtebau als menschliche Aufgabe zu schildern mit Voraussetzungen, die uns der liberale Staat aufzwingt. Ich will mich strikte an das halten, was gemeinhin unter «Städtebau» verstanden wird, nämlich Häuser, Freiflächen, Strassen, Wohngebiete, Geschäftszentren und Arbeitsgebiete, Verkehr, Erholungs- und Bildungsstätten, schliesslich Zonenplan mit Bauordnung und den übrigen Institutionen der Baugesetze. Doch vorher sei es mir gestattet, den Versuch zu wagen, herauszuschälen, was wir Menschen von unseren Städten verlangen würden, könnten wir frei von Recht und Wirtschaft einfach verlangen, was wir wollten.

Betrachten wir zunächst den Menschen, der uns die Aufgabe stellt – den noch nicht geborenen, den heranwachsenden und erwachsenen Menschen, den Mann und die Frau, das Kind, und die Alten, den gesunden und den kranken Menschen, den armen und den reichen, den Einzelgänger und den Geselligen, den arbeitenden und den ruhenden, den empfindlichen Menschen, dessen Sinne: Auge, Nase, Ohr im Umgang mit seinesgleichen beansprucht werden, den sportlich und den kulturell interessierten und schliesslich auch den zufriedenen und bescheidenen Menschen. Einzelner – Familie – Gesellschaft.

Bevor er das Licht der Welt erblickt, stellt er in unserer Zeit schon Ansprüche an den Städtebauer, ich denke an Gebäranstalten, Mütterkliniken, Spazierwege für Schwangere usw. Wir müssten Vorsorge treffen dürfen, dass die werdende Mutter ihren Umständen gemäss betreut werden könnte und Sicherheit auf den Strassen fände. Das gesunde Kleinkind mit Kinderkrippe, Tagesheim und Kindergarten liefert uns konkrete Bauaufgaben, ebenso das schwächliche und kranke, wenn wir nur an Kinderspitäler, Erholungsheime, Spezialschulen und Anstalten denken. Die Schuljugend hat ihre spezifischen Forderungen, die angesichts der überaus grossen Aufgeschlossenheit des Schweizers für die Belange der Schule in der Regel grosszügig erfüllt werden. Doch möchte ich hier auf

ein Problem aufmerksam machen, dessen Lösung immer dringlicher wird: die Freizeitgestaltung der heranwachsenden Jugend. Wir in den Städten schaffen sogenannte Robinsonspielplätze als Ersatz für die Flächen, die dem ländlichen Kinde einfach zur Verfügung stehen; wir sind auch genötigt, den Bauherren – oft zwangsweise – vorzuschreiben, dass sie mit eigenen Mitteln Kinderspielplätze anlegen, abseits der Strassen, die von Tag zu Tag gefährlicher werden. Was fehlt, sind Tummelplätze, wo die Buben sich austoben können, wo Räuberlis und Fangis gespielt werden kann, wo kein böser Abwart das Fussballspiel verbietet, wo man sich Beulen und offene Knie holen kann und wo schliesslich auch ein Quartier das andere mit massiven Mitteln bekämpfen kann, damit die Jungmannschaft geschickt und robust werde. Wir sind geizig und geben die Millionen nicht aus, die ein solcher Platz kosten würde, dafür lungern die Jungen als sogenannte «Halbstarke» in den Strassen herum oder drehen stupid an den Kurbeln der Spielautomaten, ihre Langeweile tötend, Zigaretten rauchend, bleich und fahl. Ein Freund, der Instruktionsoffizier ist, klagt darüber, dass die aus Städten und Industriedörfern stammenden Rekruten kaum noch klettern, geschweige denn Steine gezielt werden können. Wohl bieten das Pfadfinderwesen und der militärische Vorunterricht einen gewissen Ersatz – aber diese geregelte Körperbetätigung ist nicht das, was ich meine, ich denke an das undisziplinierte Austoben überschüssiger Kraft, die, falsch angewandt, wenn nötig vom Erzieher mit einer gesunden Tracht Prügel zu quittieren ist.

Der junge heranwachsende Mensch – ich denke hier an Schillers «errörend folgt er ihren Spuren und ist von ihrem Gruss beglückt» – kommt in unsern trostlosen, nur aus Strassen und Häusern gebildeten Städten zu kurz. Kein trauter Winkel, kein Busch ist mehr vorhanden, alles ist so sauber gekämmt, Asphalt, Rasen, Blümchen und geleckte Häuser in Reih und Glied, brav, langweilig, uniform. In Bars fliehen sie, die Jungen; auf Hockern vor bunten Schnäpsen finden sie Ersatz für fehlende Tummelplätze, Grünanlagen, Aussichtspunkte, Bäume; wie kümmerlich sind unsere Städte geworden und wie armselig zugleich, und wie schwer ist es, *Parks* zu verwirklichen. In Zurzach, wo eine neue Quelle seit fünf Jahren fliesst, ist es bis heute noch nicht gelungen, einen Park für die Erholungssuchenden zu bauen. Städte mit mehr als 10 000, ja bald 20 000 Einwohnern haben keinen Park, es sei Luxus; man lacht uns aus, wenn wir von öffentlichem Grün reden. Und wenn gar eine Stadt wie Zürich Land dafür hätte, so lässt sie dem *politischen Spiel zuliebe* Wohnungen darauf bauen, weil die vom Volk Gewählten bald wieder ein paar Stimmen brauchen, um wieder gewählt zu werden. Aber die Parks, von denen ich sprach, wären ja nicht nur für die reifende, verliebte Jugend da, sondern auch für Mütter und Kinder, Alte und Gebrechliche. Wenn Städtebau wirklich menschlich wäre, müssten wir im Hinblick auf die stets wachsende Bevölkerungszahl und die Verlagerung der Familien vom Einfamilien-

haus mit Garten in die Stockwerkwohnung ohne Garten sehr besorgt um die Schaffung von öffentlichen Grünanlagen sein, ja wir müssten von jedem Wohnbauproduzenten verlangen, dass er beisteure, Parks zu bauen, denn diese sind teuer, weil sie nur dann ihren Zweck erfüllen könnten, wenn sie mitten im Baugebiet lägen und folglich Baulandcharakter und Baulandpreise hätten. Menschlich, allzu menschlich ist es, dass wir den Griff ins Portemonnaie nicht tun wollen, er bedeutete u. U. einen erhöhten Steuerfuss! Und diesen scheuen wir nicht nur unseres eigenen Portemonnaies wegen, sondern auch aus Furcht vor der Flucht reicher Leute, die ein Steuerparadies aufsuchen könnten. Wir in Zürich z. B. zahlen 125 Prozent Gemeindesteuern, die Goldküste Zollikon, Küsnacht, unmittelbar benachbart, nimmt ihren Bürgern nur 90 Prozent ab! Wie soll da die Stadt wagen, für Schönheit, Landschafts- und Heimatschutz, Erholung usf. Mittel zur Verfügung zu stellen, die eventuell zur Folge hätten, dass erneut Abtrünnige ein paar Kilometer seeaufwärts wanderten mit ihren begehrten Steuerbatzen?

Der kranke und alte Mensch stellt uns immer grösser werdende Aufgaben. Früher lebte er, solange es ging, im Kreise seiner Familie. Die alte Grossmutter, die kränkliche Tante, der etwas kindisch gewordene Grossonkel, der chronisch Kranke – sie gehörten zur Familie und wurden ganz selbstverständlich von dieser betreut. Heute bauen wir Altersheime, Heime für Chronischkranke, Spitäler, Alterssiedlungen und Wohnungen für alte Leute, die den öffentlichen Haushalt immer stärker belasten. Wir sind verpflichtet, uns öffentlicherseits der Alten und Kranken anzunehmen, weil die Familie versagt. Vater und Mutter arbeiten in Büros und Fabriken, und wer könnte sich da den Hilfsbedürftigen widmen? Das eigene Auto, womit man übers Wochenende die unmenschlich gewordene Stadt flieht, ist wichtiger geworden als das Bedürfnis, für die Seinen oder für die Sippe zu sorgen, und weil dieses Auto gar so teuer ist, muss man arbeiten, mehr arbeiten, als der Seele gut tut. Die Alten und Kranken – sagen wir's, wie's ist – werden abgeschoben, der Staat muss für sie sorgen lernen, obwohl er es gar nicht kann! Beamte und Pflegepersonal mit beschränkter Arbeitszeit ersetzen den Sohn, die Tochter, die Enkelkinder! Mittel, die früher für andere Zwecke verwendet werden konnten, müssen heute in die Alters- und Krankenfürsorge fliessen. Im ganzen Lande stehen die genannten Bauwerke für die Fürsorge an erster Stelle. Hiemit will ich nicht gesagt haben, dass ich Gegner wäre eines vernünftigen Hospitalisierungsprogrammes und einer gerechten Sozialfürsorge für das Alter, nein, im Gegenteil, auch ich stehe dafür ein, dass unsere Städte und Dörfer sich dieser öffentlichen Aufgabe annehmen, weil die Familie verkümmert. Ich wollte nur den Finger auf diese wunde Stelle legen.

Zur Entschuldigung der Familie will ich noch beifügen, dass unsere nach Franken und Rappen, Kubik- und Quadratmeter, Licht und Luft ausgeklügelten Minimalwohnungen auch höchst ungeeignet sind, alten

und kranken Menschen neben jungen und gesunden zu dienen. Es fehlt hier einfach der Raum, wo die Alten und Kranken sein könnten. Unsere Drei- und Vierzimmerwohnungen, wie sie von der normalen Wohnbautätigkeit in Massen produziert werden, reichen einfach nicht aus, um diese an und für sich so menschliche Aufgabe würdig zu lösen. Viele, die eine alte Mutter oder Schwester noch bei sich behalten wollten, sind einfach aus räumlichen Gründen gezwungen, sie in ein Altersheim abzuschieben. Viele alte Leute suchen aber auch die Einsamkeit der Alterswohnung, weil sie es satt haben, ihren Verwandten so dicht auf dem Pelz zu sitzen; sie finden beim bezahlten Pfleger mehr Trost als beim ständig mürrischen Familienglied.

Der gesunde, erwachsene Mensch stellt an seinen Staat immer grösser werdende Ansprüche. Denken wir nur an die Sportanlagen, Anlagen, um selber Sport zu treiben, Anlagen zum Zuschauen. Früher war man mit wenig zufrieden, heute müssen die Sportplätze nicht nur gut ausgebaut sein, sondern möglichst nahe bei den Wohnungen, womöglich in den Quartieren liegen. Die Forderung nach Quartiersportplätzen übernehmen wir Stadtplaner sehr gerne, gibt sie uns doch ein Mittel in die Hand, die uniformen, oft trostlos langweiligen Wohnquartiere etwas aufzulockern. Wir sind froh, wenn wir in die endlos scheinenden Häuserzeilen hier einige Tennisplätze, dort ein Quartierschwimmbad, an dieser Stelle eine Trainingswiese und an jener vielleicht eine Eisbahn einstreuen dürfen. Ausser den Schulhäusern und gelegentlich den Kirchen haben wir ja fast keine Elemente mehr, die den Stadtkörper gliedern helfen. Froh wären wir, wenn wir auch Spazierwege mit Grünzügen in die Pläne einbauen dürften, wenn Grünverbindungen mit Fusswegen vorhanden wären, die die einzelnen Wohngebiete voneinander trennen . . . aber eben, wir wollen unsere Ansprüche nicht so hoch schrauben, sondern froh sein über das bescheidene Tennisplätzchen und das Quartierschwimmbad, die in die Bebauung, meist etwas zufällig dem Grundbesitz folgend, eingestreut werden dürfen.

Die fundamentalen Forderungen des Stadtbenützers – Arbeit, Wohnung, Verkehr – seien hier nur kurz behandelt. Die sich von der Arbeit her stellenden Aufgaben lasse ich weg, denn diese werden von den Arbeitgebern im Interesse ihrer Arbeitnehmer und letzten Endes auch in ihrem eigenen Interesse meistens ausgezeichnet gelöst. Schlecht organisierte Arbeitsplätze gehören der Vergangenheit an. Hier auch viele Worte über den Verkehr zu verlieren, erübrigt sich m. E., denn das weiss heute jedes Kind, dass der Verkehr dringend gelöst werden muss, sollen unsere grossen Städte nicht an ihm ersticken. Nur eines möchte ich im Sinne meines Themas erwähnen. Heute sind wir nahe daran, unsere Siedlungen für Automobile und nicht mehr für Menschen zu planen. Fahrspuren, Parkplätze, Unter- und Überführungen, Expresstrassen und Highways mit Auf- und Abfahrtsrampen, Kleeblätter und ähnliche Objekte sind

nachgerade wichtiger geworden als der Gehweg, das Trottoir, die Fussgängerstrasse, die geschützte Laube, die fahrverkehrsfreie Passage. Hier möchte ich Ihnen den Titel in Erinnerung rufen und fragen: Ist der Städtebau noch eine menschliche Aufgabe? Genug zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation!

Städtebau ist bald keine menschliche Aufgabe mehr! Es gibt amerikanische Städtebauer, die das Auto mit all seiner Unrast erlebt, ja auch beruflich erfahren haben, die heute das Automobil als "Mörder der Städte" bezeichnen. Wir in der Schweiz glauben noch an die Allmacht des Motors und richten unsere Siedlungen nach seinen Forderungen ein! Wo noch etwas Grün ist, richtet man Parkplätze ein, wo noch zufällig Lücken vorhanden sind, legt man Strassen hinein, wo ein Fluss fliesst, soll er mit Viadukten in der Längsrichtung überstellt werden, damit wieder einige tausend Automobile mehr in die schon überlasteten Siedlungen eindringen können . . . und kein Mensch wehrt sich, nicht einmal der unmotorisierte, weil auch er hofft, dereinst zur bevorzugten Klasse der Motorisierten zu gehören. Wo noch natürliche Schneisen im Häusermeer vorhanden sind, die die Stadt durchlüften, legt man Fahrbahnen hinein, die uns mit Abgasen bescheren werden. Es ist kaum zu glauben, welchem Wahn wir verfallen sind; der Verkehr, der eigentlich *Diener* der Menschheit wäre, ist ihr *Herr* geworden. Heute müssen wir Städteplaner uns wehren, damit unsere Städte nicht vom Verkehr zerstört werden.

Nun wende ich mich dem Hauptanliegen des gesunden Menschen an seine Stadt, dem Wohnen, zu. Ich betrachte die menschenwürdige Wohnung als zu den Grundrechten gehörend. Aus diesem Grunde sind wir alle verpflichtet, dafür zu sorgen, dass alle Menschen anständig wohnen dürfen. Anständig wohnen heisst: geschützt schlafen, essen, leben dürfen, heisst sauberes und behagliches Sein. Diese Forderungen können natürlich höchst unterschiedlich erfüllt werden, der arme Mensch hat andere Ansprüche als der reiche, das ergibt sich von selbst aus der Gesellschaftsordnung. In einem aber unterscheidet sich die Wohnung des Armen nicht von der des Reichen: auch sie ist die Zelle, worin er und nur er befiehlt. Jeder Mensch soll hinter seiner Wohnungstür sein eigenes Reich finden dürfen. Kein Staat, kein noch so Gewaltiger soll hineinregieren dürfen. Auch der Ärmste soll Ruhe finden, wenn er sein müdes Haupt niederlegt. Die Umwelt soll er vergessen dürfen, sobald er die Türe nach des Tages Last hinter sich abriegelt. Er soll sich für das Morgen vorbereiten können. Diese bestimmt primitive und ich glaube auch menschliche Forderung wird in unsern billig gebauten Städten nur schlecht erfüllt. Die Unruhe des Alltags pflanzt sich in die Wohnungen fort. Hellhörig sind die Häuser, und gegenseitige Einblicke stören das Daheimsein. Deinen Nachbarn hörst du, deinen Nachbarn siehst du, folglich hört und sieht er auch dich. Gerechterweise wollen wir festhalten, dass unser Land, die Kantone und Gemeinden ehrlich bemüht sind, jedem Bürger das Dach

über dem Kopfe zu verschaffen. Als Mitglied der eidgenössischen Wohnbaukommission konnte ich auch konstatieren, wie sehr wir bemüht sind, das Wohnbauproblem als Ganzes auch im Hinblick auf die stets gleitenden Wirtschaftsgrundlagen und den Strukturwandel der Bevölkerung zu lösen, und aus diesem Grunde bleibt mir an alle, die sich mit der Wohnbaufrage befassen – sei es beruflich, amtlich, ehrenamtlich, behördlich, wirtschaftlich und schliesslich auch städtebaulich –, nur eine Bitte übrig: Seid nicht kleinlich! Wohnen muss jedermann.

In meiner Schilderung der menschlichen Forderungen käme ich jetzt zu den individuellen Bedürfnissen Einzelner. Man kann sich vorstellen, dass diese Schilderung vom Hundertsten ins Tausendste führt. Denken wir zum Beispiel an den Individualisten, der Einsamkeit sucht, der nur in der Stille arbeiten kann, der in der Verborgenheit Leistungen vollbringt, die ihm im Trubel des grossen Geschehens nicht gelingen wollen. Ich selbst habe viele Jahre in einer Mansarde unserer Zürcher Altstadt gehaust und hatte dort Zeit für allerlei . . . Aus diesem Grunde habe ich grosses Verständnis für die Einzelgänger, die Eigenbrötler, sogar für die Querulanten und die «Verschupften». Wo finden sie in unsern regelmässigen, uniformen, im Grunde sterilen neuen Quartieren einen ihnen angemessenen Winkel zum Hausen? Wenn ich diese neuen Stadtteile durchschreite und etwa 10 Jahre in der Geschichte meines Lebens zurückblättere, dann bäumt es sich in mir auf, und ein lautes «Nein» entfährt meinen Lippen.

Aber nicht nur solchen ausgesprochenen Individualisten vermag die neue Stadt nichts zu bieten, auch wertvolleren Mitgliedern der Gesellschaft fehlt der Platz. Denken wir an Künstler (Musiker, die oft Lärm erzeugen, Maler, die Platz brauchen und gute Ateliers, Bildhauer, die hämmern, Kunstgewerbler aller Art, Handwerker, Näherinnen, Aushilfskräfte usw.): sie sind Stiefkinder der Städteplaner oder überhaupt vergessen worden. In den regelmässigen Drei- oder Vierzimmerwohnungen finden sie nicht Platz, und die Kleinwohnungen, die wir heute bauen (ich denke an Ein- bzw. Zweizimmerwohnungen in Mietblöcken), dienen doch eher Sekretärinnen, alten Jungfern und Junggesellen, die nicht bei Verwandten oder in Pensionen «unter Kontrolle» leben wollen. Auch der Student findet sich in unsern neuen Quartieren nur mühsam zurecht. Ich bin froh darüber, dass wir noch alte Häuser, Hinterhäuser, Mansarden, Abbruchobjekte u. a. m. in unsern Städten finden, die all jenen Individuen nützen, die auserkoren sind, der Menschheit als Einzelgänger oder als Lebenskünstler still zu dienen.

Der gesellige Mensch stellt Forderungen, die wir in der Regel gerne in unser Städtebauprogramm aufnehmen: Theater, Saalbauten, Hallen aller Art, Vergnügungs- und Erholungsstätten und dergleichen mehr. Ob wir die Wünsche, die wir unter den Oberbegriffen Kultur und Zivilisation zusammenzufassen pflegen, auch erfüllen können, das bleibe dahingestellt.

Jedenfalls steht es jeder Behörde gut an, wenn sie ihren Bürgern ein Theater, ein Museum, einen Saalbau für Vereinsanlässe verspricht. Es gehört zum guten Tone, für die Kultur einzutreten, jede Stadt plant ihr «Kulturzentrum», worin die Kultur, dem Worte entsprechend, zentralisiert feilgeboten wird. Wäre es nicht vielleicht gescheiter, dieser oder jener Wirtschaft unter die Arme zu greifen und ihr behilflich zu sein, einen unwirtschaftlichen Saal vor dem Abbruch zu bewahren; oder könnte man es sich überhaupt nicht denken, Kirchengemeindehäuser auch weltlichen Zwecken zugänglich zu machen? Sind Kirchen etwa entweiht, wenn, wie bei uns, Gemeindeversammlungen profanen Inhalts darin abgehalten werden?

Ich schweife ab. Wir wollen uns doch über die menschliche Seite des Städtebaus unterhalten, und ich bin, nachdem ich aus der Vielzahl der Forderungen einige wenige herausgelesen habe, verpflichtet, darzulegen, was aus diesen Forderungen in der Praxis wird. Als sicher können wir annehmen, dass die grössten Forderungen der Familie nach und nach erfüllt werden. Wir sind um sonnige und gut belüftete Wohnungen bemüht, wir sorgen auch allmählich für Kinderspielplätze im Quartier. Die Bauvorschriften sind uns mehr oder weniger freundlich gesinnt, wir können Abstände fordern, Abstände von der Grenze, Abstände zwischen den Bauten, die Höhe und Länge der Baukörper lassen sich begrenzen; u. U. können wir auch Wohnzonen ausscheiden, in denen Industrien verboten sind, oder Industriezonen festlegen, wo Wohnbauten nicht gestattet werden. All das ist Gegenstand der Baugesetze, Bauordnungen und Zonenpläne mit Zonenvorschriften. Die Verkehrsanlagen lassen sich mit Bau- und Niveaulinien planen und mittels konkreter Ausführungsprojekte sogar so verwirklichen, wie wir es uns oder, besser gesagt, die Verkehrsgewaltigen sich vorstellen. Die der Allgemeinheit dienenden Bauten und Werke können – erschrecken wir nicht – auch gegen den Willen von widerspenstigen Grundeigentümern verwirklicht werden, wenn das Bedürfnis dafür nachgewiesen ist und Projekte für die Realisierung vorliegen; wir können für solche Werke das Expropriationsverfahren durchführen. Wie steht es aber mit all den vielen andern Forderungen der meist als Utopisten bezeichneten Städteplaner? Dürfen wir zur simplen Erholung der Bevölkerung Flächen von der Bebauung freihalten? Werden nicht die Schrebergärten immer wieder überbaut und weit an den Stadtrand hinaus gedrängt? Immer weiter weg von zu Hause gerät der Pflanzplatz, und dem Schreiber vergeht die Lust. Dürfen wir Grünzonen zur simplen Trennung und Unterteilung der Siedlungen ausscheiden? Dürfen wir die Landschaft schützen? Dürfen wir fordern und durchsetzen, dass das stillstehende Motorfahrzeug vom öffentlichen Grund verschwindet oder nur dort parkiert wird, wo es nicht stört? Dürfen wir für unsere minderbemittelten Mitmenschen behaglichere, grössere Wohnungen fordern? Dürfen wir der Lärmverhütung, der Lärmisolation und den

Installationen im Hause unsere Aufmerksamkeit schenken? Dürfen wir uns für den Schutz des Fussgängers, für die Schaffung von Fussgängerbereichen einsetzen? Haben wir die Möglichkeit, unsere Städte menschlich, wirklich menschlich zu gestalten und sie vielleicht sogar für alle unterschiedlichen Benutzer praktisch einzurichten? Können wir sie vielleicht sogar schön machen?

In früheren Jahrhunderten sprach man von der *Stadtbaukunst*, heute sprechen wir kaum noch vom *Städtebau*. Morgen reden wir von der *Stadtbautechnik*, wie wir bereits von der Verkehrstechnik reden. Das mag wohl auf einfachste Art zeigen, wohin wir geraten. Vielfach oder sogar meistens reden wir nur noch von der Planung, wobei wir nicht einmal genau wissen, was wir unter diesem Worte alles verstehen sollen. Die Zeitungen sind voll davon. Verkehrsplanung, Wohnbauplanung, Industrieplanung, Orts-, Regional- und Landesplanung, und wenn es hoch kommt, reden wir von Dorf- oder Stadtplanung, die sich aber, weil sich die Interessensphären bald überschneiden, in Quartierplanungen zersplittern und im Nebel der Strassenplanungen auflösen.

Käme wer und würde über Städtebau als menschlichste aller Aufgaben predigen und Forderungen durchzusetzen versuchen, er würde gesteinigt!

Nun wäre hier zu überlegen, ob wir als Architekten mit dieser Schilderung zufrieden sein dürfen, ob dieser Pessimismus weiterführt. Wohl kaum! Die Aufgabe bleibt, ja sie wird immer grösser und dringlicher, denn die Bevölkerung der Erde und auch unsere nimmt täglich zu. Ich glaube, wir müssen unser Land für 10 Millionen Bewohner einrichten lernen. Immer deutlicher zeichnet sich im Mittelland eine zusammenhängende Stadt zwischen Zürich und Olten ab. Gemeinde- und Kantons Grenzen werden von den Häusermassen überflutet, und wenn wir trotz der aufgedeckten Schwierigkeiten die Hände einfach in den Schoss legen, werden unsere Nachfahren ganz einfach unser Versagen feststellen. Sie werden nicht erforschen, weshalb wir unsere Waffen gestreckt haben, sie werden die Verflechtungen, die uns behindern, nicht ergründen wollen. Sie werden sich nur mit unserem Erbe abgeben, wie wir uns stets mit dem Erbe unserer Vorfahren abgeben müssen.

In den Gemeinden, die das Bauwesen grösstenteils betreuen, können wir durch persönlichen Einsatz fortlaufend aufklärend wirken, in kleineren leichter als in grösseren. Dort gilt das mutige Wort am richtigen Ort und zur rechten Zeit noch viel, hier müssen wir uns über die Presse an die Stimmbürger wenden als Einzelkämpfer, besser aber als geschlossene Berufsgruppe. Immer, wenn Entwicklungsfragen auftauchen, und in jedem wichtigen Fall, der die Stadtbaukunst betrifft, müssen wir Architekten aufstehen; das Volk erwartet es. Wenn auch nicht so entschieden wird, wie wir entscheiden würden – immer bleibt von einer guten Begründung etwas hängen. Die Werte, die wir in der Gemeinde zu verteidigen haben, lohnen den Einsatz. Schon im Kleinen lässt sich wirken.

Denken wir nur an die Erschliessung neuer Quartiere. Wenn es gilt, Freiflächen innerhalb der Bebauung dauernd offenzuhalten, wenn es gilt, die die Strassen verstopfenden Autos auf privaten Grund zu verweisen, wenn die trostlose Uniformität des Denkens und Bauens verhindert werden kann, dann leisten wir schon einen wesentlichen Beitrag im Kleinen, der später im Grossen Früchte trägt. Wenn in unsern neuen Wohnquartieren nach und nach frischer Geist aufkommt, dann werden unsere Städte mit der Zeit erneuert. Selbst dann, wenn nicht alles so ausfällt, wie wir es uns gerne wünschen, ist die Aufklärung des Volkes erreicht, und hierauf kommt es heute in erster Linie an. Wir müssen auf verständliche Art zeigen können, dass es so nicht weiter geht.

Die Gemeindeautonomie, auf die wir so stolz sind, kann auch im baulichen Sektor gefestigt werden. Wachsen die Gemeinden formlos und ungliedert zusammen, dann besteht die Gefahr, die bauliche Verschmelzung durch Eingemeindungen zu rechtfertigen; sinkt das städtebauliche Bewusstsein in den Gemeinden ab, dann gerät auch das gemeindliche Selbstbewusstsein ins Gleiten. Gerade hier haben wir Architekten eine schöne Aufgabe, die Menschen davon zu überzeugen, dass die überschaubare Gemeinde wohnlich und behaglich bleibt, die unüberschaubare aber uns mit der Zeit wesensfremd wird. Unbekümmert um die Grösse eines Gemeinwesens gilt dieser Satz. Selbst die grösste Stadt kann überschaubar bleiben oder wieder werden, wenn sie wohltuend gegliedert ist, wenn ihre Teile überschaubar sind. Ein weites Feld für alle, die nicht mit den Wölfen heulen wollen, öffnet sich hier, ein dankbares Feld, das tiefgründig und ertragreich ist, wenn es beackert und besät wird! Meines Ermessens versagen wir besonders hier. Resigniert stellen wir fest: Unser Bemühen ist nutzlos, ein Zonenplan nützt nichts, ein Richtplan wandert in die Schublade, ein Modell verstaubt auf dem Estrich. Haben wir uns die Fragen jedoch vorgelegt: War der Zonenplan vielleicht falsch? Entsprechen etwa Richtplan und Modell nur unseren Vorstellungen des Städtebaus von damals, als wir sie machten? Was sagte das Volk, der Grundeigentümer, der Mieter dazu? «Der Stadtplan geht alle an!» Ein Slogan, der wohl seiner selbst wegen erfunden wurde. Alle am Stadtplan teilnehmen zu lassen, dürfte schwer sein, aber der Beweis wurde noch nicht geliefert, dass es unmöglich ist. Wir müssten wenigstens den Versuch wagen, alle aufzurütteln.

Wer sagt uns, dass es richtig ist, immer mehr Wohnungen in unsere wachsenden, schon überfüllten Städte hineinzupressen? Würde der Bürger nicht lieber in aufgelockerten Städten ruhig und gesund wohnen, wenn der Weg zur Arbeit gelöst wäre, wenn der Verkehr nicht Selbstzweck wäre, sondern wieder zum Diener der Menschheit würde? Wer sagt uns, dass es richtig ist, immer nur Wohnungen mit zwei, drei und mehr Zimmern zu bauen und das Einfamilienhaus nicht mehr in Erwägung zu ziehen? Man sagt, der Schweizer ziehe die Wohnung vor, das Reiheneinfami-

lienhaus, das Teppichhaus entspreche nicht seiner Vorstellung des Hauses; er wolle, wenn er im Einfamilienhaus lebe, ringsherum frei sein, das alleinstehende Einfamilienhäuschen mit 400 Quadratmeter Garten sei sein Ideal. Haben wir den Beweis dafür, dass er das Reihenhaus nicht schätzt, wenn wir es einfach nicht mehr bauen?

Statt des Hauses die Eigentümerwohnung, so sagt man uns jetzt. Im Hinblick auf die Vorbereitungen des Stockwerk- bzw. Wohnungseigentums ein einfaches Rezept. Sind wir uns bewusst, was das bedeutet? Kann man einfach die schäbige Mietwohnung unserer Tage verkaufen oder müssen wir uns nicht gründlich überlegen, wie die Eigentümerwohnung auszusehen hätte und wie sie konstruiert sein müsste, damit sie der Familie – der wachsenden und wieder kleiner werdenden Familie – häuslichen Raum böte? Haben wir uns schon mit der Käuferschaft von Eigentümerwohnungen auseinandergesetzt und mit den Grundsätzen, die gesetzlich verankert werden müssten, damit das in der Horizontalen und Vertikalen aufgeteilte Eigentum an Grund und Boden uns nicht zur Last werde? Sind wir uns auch der städtebaulichen Folgen dieser kommenden Wohnform bewusst – Freiflächen, Gartenanlagen, Spielplätze, Parkplätze und Garagen in gemeinschaftlichem Eigentum und in gemeinschaftlicher Pflege – wie stellen wir uns dazu? Würde einfach das Wohnungseigentum an herkömmlichen Wohnungen in schematischen Mietblöcken eingeführt, müssten wir Nein dazu sagen; kämen wir aber dazu, Häuser und Quartiere im Hinblick auf den aufgeteilten Grundbesitz zu konzipieren, warum nicht begeistert zustimmen! Hier müssten wir einsetzen und das Volk aufklären, die Wohnung bietet allen verständlichen Stoff.

Im grösseren Zusammenhang wird klar, dass die Dörfer und Städte der sich verschmelzenden Mittellandstadt nicht mehr allein oder isoliert operieren können. Verflechtungen aller Art, soziologische, rechtliche, bauliche und rein technische sind da, sie werden immer wirrer, und wir sollten sie lösen im übergeordneten Rahmen der Region wie im beschränkten der Gemeinde. Regionalplanung, das Schlag- und Modewort unserer Zeit, gilt es zu ergründen und die mit ihm verbundene Tätigkeit zu üben. Rufer in der Wüste werden heute ernst genommen, aber noch nicht ernst genug. Ihre Warnungen wurden von ehrgeizigen Politikern gehört, die sie für ihre fragwürdigen Zwecke weidlich ausnützen. Wenn wir von Regionalplanung reden und dabei an das Wohl der stets wachsenden Bevölkerung denken, versteht der Wohnbauproduzent darunter den Bau billiger Wohnungen in der Landschaft, der Verkehrsplaner den Bau von Expressstrassen, der Industrielle die Schaffung von Landreserven für sich, der Finanzpolitiker das Abschieben Ärmerer in die Vororte, der Journalist aber findet Stoff für seine Zeilen. Unsere Aufgabe wäre es doch, zu zeigen, wie die grosse Mittellandstadt aussähe, funktionierte und weiterbestünde. Was nützten schönste Theorien, könnten wir sie nicht erproben und durch praktische Beweise erhärten.

In unserem Lande, wo Grenzen bestehen – Grenzen, die uns Kantone und Gemeinden, das Eigentum, die behördlichen Kompetenzen, die Gleise der Verwaltung setzen –, ist es besonders schwer, von der Theorie her den praktischen Weg zu finden, den wir beschreiten dürfen, ohne den uns lieben Aufbau des Staates überhaupt in Frage zu stellen. Wir müssen Versuche wagen, im Kleinen bescheiden anfangen, damit wir Erfahrungen sammeln können, um Grosses zu lösen. Wir stehen aber beiseite, obwohl wir, wenn wir nur wollten, uns, mitten drin stehend, behaupten könnten. Das Volk wartet auf Taten, denn es beginnt mit Unbehagen zu fühlen, wie sehr es vom eigenen Wachstum im enger werdenden Hause bedroht ist. Überall im Umkreis der grösseren Städte häufen sich die Anzeichen der Unordnung. Wer Land hat, zählt die Tage kümmerlichen bäuerlichen Lebens, Millionen locken, Arbeitskräfte fehlen; begreiflich, wenn der Bauer zum Landhändler wird. Die Landpreise steigen, die Baukosten ebenfalls; die Mieten folgen, und wir verschliessen unsere Augen vor der betrüblichen Tatsache des schwindenden Geldwertes. Sie sei nicht aufzuhalten, die lästige Inflation, und im übrigen sei sie auch nicht so schlimm, man verdiene mehr, jeder habe ein höheres Einkommen, womit teurer werdende Wohnungen auch von jedermann bezahlt werden können, wodurch die steigenden Landpreise und Baukosten ruhig gedeckt werden könnten und so weiter. Was tun wir dagegen? Aufhalten können wir die fatale Entwicklung nicht, aber bremsen sollten wir, wenigstens versuchen zu bremsen, als Architekten mit Vision für die Zukunft unseres Landes.